

(Vizepräsident Laurenz Meyer)

- (A) **3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/330

zweite Lesung

Als ersten Redner rufe ich für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Diegel auf.

- (B) **Helmut Diegel (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich für die CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen klar und deutlich sagen, dass wir den Nachtragshaushalt ablehnen.

Herr Clement, das wird Sie nicht verwundern, aber auch durch die Verhandlungen in den Ausschüssen und durch die Fachverhandlungen über den Nachtragshaushalt wurde dieser nicht besser - im Gegenteil!

Wir haben an drei ganz wesentlichen Ecken unsere Ablehnung festzumachen, und zwar zunächst einmal an der Bildung einer so genannten Rücklage, zum Zweiten an der Bildung einer globalen Minderausgabe in Höhe von rund 400 Millionen DM und zum Dritten an den ganzen Turbulenzen und Geschehnissen rundherum um die Oddsetwetten.

Ich komme zu der Frage der so genannten Rücklage: Der Finanzminister hat erklärt, dass er eine so genannte Rücklage in Höhe von 2,3 Milliarden DM als Vorsorge für das Haushaltsjahr 2001 bilden will. Wir haben uns schon ein bisschen mehr Mühe gemacht, als das möglicherweise die

Landesregierung bei den Beratungen mit den Koalitionsfraktionen getan hat. Wir haben uns nämlich gefragt: Was ist das für eine Rücklage? - Wir sind zu der Erkenntnis gekommen, dass es sich nicht um eine Rücklage im eigentlichen Sinne handelt. Das ist die Verwechslung eines Begriffes. Eine Rücklage finden Sie haushaltstechnisch dann, wenn Sie in einem ausgeglichenen Haushalt ohne die Aufnahme von Krediten mehr Einnahmen verbuchen können, als Sie in einem Haushalt ausgeben. (C)

Einen solchen Zustand finden wir in Deutschland nicht - auch nicht in Nordrhein-Westfalen. Den finden wir zurzeit in Amerika, aber nicht hier. Von daher wollen wir in diesem Parlament klarstellen, dass wir diese amerikanischen Zustände hier in Nordrhein-Westfalen nicht haben.

Herr Finanzminister, vielleicht haben Sie ja mit diesem Begriff auch gar nicht versucht zu täuschen, sondern möglicherweise nur von einer temporären Rücklage gesprochen, um die Probleme, die Sie im Haushalt 2001 bekommen, zu skizzieren. Dann hätten Sie das aber deutlich machen müssen. Wir jedenfalls machen deutlich, dass es sich ganz eindeutig nicht um eine Rücklage handelt.

Wir sind der Meinung, dass wir bei einem Volumen von rund 6,9 Milliarden DM neuen Krediten die Möglichkeit gehabt haben, diese Kredite um 2,3 Milliarden DM zu kürzen. Damit wären Sie auf ein Kreditvolumen in Höhe von 4,6 Milliarden DM gekommen - eine immer noch sehr hohe Kreditgröße, um den Haushalt ausgeglichen zu gestalten. Aber das wäre aus unserer Sicht das richtige und notwendige finanz- und haushaltspolitische Signal gewesen. (D)

Herr Finanzminister, es geht nicht nur um einen Grundsatzstreit, sondern es geht auch darum, ob uns das alles nützt und etwas bringt. Möglicherweise bekommen wir dadurch mehr Geld in die Kassen. Herr Finanzminister, auch Sie wissen aber, dass dies in einer solchen Konstruktion nicht möglich ist.

Wenn Sie die Neuverschuldung nicht um 2,3 Milliarden DM reduzieren, schleppen Sie bei rund 6 % kalkulatorischen Zinsen jetzt schon eine Zinsbelastung von ca. 150 Millionen DM in das nächste Jahr. Diese 150 Millionen DM hätten Sie nicht und müssten wir als Zinsen nicht aufwenden, wenn wir schon in diesem Jahr zu einer

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Rückführung der Neuverschuldung gekommen wären.

Herr Finanzminister, Sie werden entgegenhalten, dass wir für diese Rücklage Habenzinsen bekommen werden. Ich denke aber, auch Ihnen und Ihren Mitgliedern im Kabinett ist bekannt, dass man in der Regel nie mehr Habenzinsen bekommt, als man an Sollzinsen zu zahlen hat. Da nach unserer Kenntnis die Differenz in der Regel zwischen 1,5 und 2 % beträgt, werden Sie im Höchstfall an zusätzlichen Habenzinsen 100 Millionen DM erzielen. Das heißt: Für das Haushaltsjahr 2001 werden Sie auf diese Weise mindestens 50 Millionen DM an zusätzlicher Zinsbelastung haben.

Herr Finanzminister, das halten wir für unredlich. Das halten wir nicht für seriös. In diesem Haushalt lehnt die CDU ein solches Finanzgebaren ab.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Zweiter Punkt! Es geht hierbei um die Bildung der so genannten globalen Minderausgabe. Herr Finanzminister, wir haben jetzt November 2000. Wir gehen davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt in der Regel ohnehin der Großteil der Mittel bereits verausgabt ist. Ich weiß nicht, ob Sie Indizien dafür haben, dass noch nicht überall alle Mittel verausgabt sind. Wenn allerdings jetzt, im November, eine globale Minderausgabe von rund 400 Millionen DM verabschiedet werden soll, dann lässt das darauf schließen, dass Sie wissen, wo das Geld noch nicht verausgabt ist.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen Parlamentarier, wenn die Landesregierung so etwas weiß und eine solche Kenntnis hat, dann ist sie gehalten, uns dies titelscharf vorzustellen, nicht aber über den Weg einer globalen Minderausgabe Augenwischerei zu betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, wir fordern Sie daher auf, von diesem Instrument Abstand zu nehmen und titelscharf vorzulegen, wo Sie meinen, heute weniger Ausgaben veranschlagen zu können. Das tun Sie nicht, und weil Sie dies nicht tun, ist dies unser weiterer Ablehnungsgrund für diesen Nachtrag.

Dritter Punkt! Die CDU hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass bei der Verwendung der so genannten Gewinne der Oddsetwetten Fehler gemacht worden sind. Hier in den Haushaltsbera-

tungen hat sich dann herausgestellt, dass die CDU-Fraktion so Unrecht nicht hatte; denn rund 13 Millionen DM dieser Oddsetwetten sind zur allgemeinen Deckung dieses Haushalts vorgesehen worden.

Meine Kolleginnen und Kollegen, jeder von uns weiß, dass nach dem Sportwettengesetz die Oddsetwetten zweckgebunden sind und nur für soziale Zwecke, für kulturelle Zwecke, für den Umweltschutz, für Hilfsbedürftige, für Süchtige und für vergleichbare problematische Fälle einzusetzen sind, nicht aber als Deckungsmittel für den Haushalt dienen dürfen.

Dies ist in den Haushaltsberatungen vonseiten der CDU-Fraktion deutlich gemacht worden. Die Koalitionäre - in diesem Fall SPD und Bündnis 90/Die Grünen - haben reagiert. Wir haben dann reagiert und diese 13 Millionen DM umgeschwicht in diese so genannten zweckgebundenen Bereiche.

Meine Damen und Herren, gegen diesen Vorgang ist nichts zu sagen, aber es gibt zwei Problempunkte. Der erste Problempunkt ist der, dass die Deckung des Haushalts dann zur Erhöhung der globalen Minderausgabe geführt hat und man nicht an anderen Stellen titelscharf gekürzt hat. Der zweite Punkt ist die Frage, wie man denn die Pferderennvereine hierbei bedacht hat.

Meine Damen und Herren, das ist eine sehr bedauerliche Erkenntnis dieses Beratungsverfahrens: Man hat die Pferderennvereine schlichtweg vergessen. Und dies ist passiert, obwohl es im letzten Jahr hierzu einen einvernehmlichen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion gab.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt nicht!)

- Dann lesen Sie sich diesen Antrag selbst durch. Er ist im Dezember letzten Jahres hier eingebracht worden. Und Ihre eigenen Sprecherinnen haben sich sowohl in den Berichterstattergesprächen als auch in den Fachausschüssen den dementsprechenden Beschluss zu Eigen gemacht. Sie haben sogar darauf hingewiesen, dass man sich an diese Beschlusslage halten wird.

Nun kommen wir zu einer ganz interessanten Erkenntnis. Die Pferderennvereine tragen vor, dass ihnen dadurch, dass es diese Oddsetwette gibt, rund 5 Millionen DM fehlen. Interessant ist, dass diese Erkenntnis vom Fachministerium geteilt wird. Es ist schade, dass Frau Höhn jetzt nicht

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) hier ist, denn ihr Haus hat dies so vorgetragen. Der Finanzminister erklärt, dazu könne er nichts sagen. Es gäbe andere Gründe. Diese 5 Millionen DM werden bestritten.

Wir haben im Haushalts- und Finanzausschuss darüber zu entscheiden gehabt, was denn nun richtig ist. Wenn sowohl die Betroffenen wie auch das Fachministerium erklären, dass es hier eine Lücke von 5 Millionen DM gibt, und uns auch von den Betroffenen vorgetragen wird, dass es in der Zwischenzeit an ihre Existenz geht, dann müssen sich die beiden Koalitionsfraktionen fragen, wie sie diesen Umstand bewerten. Und dies geschieht alles vor dem Hintergrund, dass die Sprecherinnen sowohl von Bündnis 90/Die Grünen als auch von der SPD-Fraktion im Berichterstattungsgespräch im September dieses Jahres - also vor gut sechs Wochen - erklärt haben, dass sie erwarten, dass der Ausgleich erfolgt und dass sich die Landesregierung an ihr letztes Jahr gegebenes Wort hält. Meine Damen und Herren, wir müssen leider feststellen, dass sich weder die Landesregierung in Gänze noch die beiden Koalitionsfraktionen an dieses Wort halten.

- (B) Diese drei Gründe, meine Damen und Herren, sind für uns Anlass genug, Ihnen hier heute zu erklären, dass wir dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen.

Wir möchten darüber hinaus um Weiteres bitten. Wir haben bei den Haushaltsberatungen feststellen können, dass es eine Reihe von Anträgen der SPD und der Grünen gab. Festzustellen war aber auch, dass diese Anträge nicht mehr von den beiden Koalitionsfraktionen begründet werden konnten. Das ist ein Novum in diesem Haus. Wir stellen fest, dass es auch gegen das Trennungsgebot von Exekutive und Legislative verstößt, wenn Anträge der Koalitionsfraktionen von der Landesregierung begründet werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir bitten Sie herzlich: Wenn Sie schon solche Anträge möglicherweise mit der Landesregierung abstimmen und sich zu Eigen machen, dann begründen Sie sie bitte und tragen Sie das den Parlamentariern auch vor. Das, denke ich, ist nur recht und billig. Darauf haben wir als Parlamentarier, als Parlament, als Ausschüsse einen Anspruch. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

- (C) **Vizepräsident Laurenz Meyer:** Danke schön, Herr Diegel. - Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Walsken das Wort.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin doch ein wenig enttäuscht darüber, dass die Kollegen der CDU heute eine grundsätzliche Kritik äußern, die in den Beratungen im Ausschuss in keiner Weise vorgetragen worden ist. Ich bin enttäuscht, weil ich dachte, Sie würden den Weg der Bildung einer Rücklage mitgehen.

Sie haben ja auch keine Ausgabeanträge gestellt, sondern eigentlich begrüßt, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen dieses Jahr boomt, dass wir weniger Arbeitslosigkeit haben und dass sich die Steuereinnahmen des Landes positiv entwickeln und wir alles das, was wir mehr an Steuereinnahmen haben, nicht ausgeben, sondern für das nächste Jahr zurücklegen. Denn wir wissen genau, dass wir im nächsten Jahr durch die Steuerreform des Bundes eine Mindereinnahme in Höhe von 5,5 Milliarden DM zu verkraften haben.

Deshalb ist die Bildung einer Rücklage ein vernünftiger Weg, um wenigstens 2,3 Milliarden DM aus diesem Jahr in das nächste Jahr hinüberzueretten, um im nächsten Jahr nicht eine finanzielle Katastrophe auf den nordrhein-westfälischen Haushalt zukommen zu lassen. Ich bin sehr verwundert darüber, dass Sie diesen Weg nicht mitgehen.

Ihre Begründung zeigt, dass Sie gar nicht verstanden haben, wie man das technisch schafft. Die Bildung einer Rücklage - Kollege Diegel, Sie wissen das genau - ist ja notwendig, um die 2,3 Milliarden DM, die in diesem Jahr mehr kommen, überhaupt ins nächste Jahr transferieren zu können. Sonst würden sie in diesem Jahr in der Haushaltsrechnung untergehen, und wir hätten dieses Polster im nächsten Jahr nicht.

Die Rechnung, die Sie aufgemacht haben, als würden wir für die 2,3 Milliarden DM einen Kredit aufnehmen und ihn gleichzeitig anlegen, um Positivzinsen zu bekommen, ist natürlich eine Milchmädchenrechnung. Denn wir brauchen, wenn wir eine Rücklage im nächsten Jahr haben, die wir dieses Jahr bilden können, in der Größenordnung überhaupt keine Kredite in Anspruch zu nehmen und haben infolgedessen auch keine Sollzinsen zu zahlen.

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) Sie haben den Weg gar nicht verstanden. Ich empfehle Ihnen, bei der Finanzbürokratie Nachhilfeunterricht in Haushaltsrecht zu nehmen, damit Sie wissen, wie man vernünftigerweise Mehreinnahmen eines Jahres in das andere Jahr transferiert, um davon profitieren zu können. Lassen Sie sich das einmal erklären.

Der zweite Punkt ist, dass Sie die globalen Minderausgaben ansprechen, die die Landesregierung hier erwähnt hat. Es ist - ich gebe es zu - für Parlamentarier nicht immer angenehm, mit globalen Minderausgaben zu operieren, wenn man nicht genau weiß, an welcher Position sich letzten Endes die globalen Minderausgaben festmachen.

Aber ich wundere mich darüber, dass Sie das kritisieren, Kollege Diegel, weil Sie ja selbst in den Haushaltsplanberatungen im Haushalts- und Finanzausschuss eine Aufstockung der globalen Minderausgaben beantragt haben. Also müssen Sie ja selbst davon ausgegangen sein, dass die Anwendung dieses Instruments eigentlich so schlecht gar nicht ist. Denn Sie haben ja selbst davon Gebrauch machen wollen, 5 Millionen DM draufzusatteln. Ich verstehe zwar Ihre Probleme, aber ich kann Ihnen nicht folgen, wenn Sie sagen, das Instrument insgesamt sei falsch.

- (B) Der dritte Punkt: Oddsetwetten! In der Tat ist das der zweite erfreuliche Aspekt in diesem Haushalt. Wir haben seit dem 1. Februar dieses Jahres das Sportwettengesetz geändert, und wir haben durch die Oddsetwette Konzessionseinnahmen in Höhe von 48 Millionen DM erzielt. Diese 48 Millionen DM gilt es zu verteilen. Da gibt es gesetzliche Vorschriften. Lieber Kollege Diegel, diese gesetzlichen Vorschriften sind so, dass überhaupt nicht ausgeschlossen ist, dass auch Haushaltspositionen damit finanziert werden können. Das ist im Gesetz ausdrücklich als Destination definiert. Ob die Destination durch einen externen Destinatär bedient wird oder ob die Destination in den Haushalt fließt und entsprechend für diesen Verwendungszweck benutzt werden kann, ist nicht im Gesetz festgelegt und von uns politisch frei zu entscheiden.

Deshalb kann es durchaus sein, dass 13 Millionen DM globale Minderausgaben, die in diesem Bereich entstanden sind, auf den Haushalt transferiert werden und dadurch dann das finanziert wird, was in der jeweiligen Destination im Landeshaushalt, beispielsweise bei Sport, Kultur und anderen Zwecken, vorhanden ist. Dieser Vorgang

ist also sowohl korrekt als auch vernünftig und im Prinzip nicht zu kritisieren.

(C)

Damit klar wird, was eigentlich mit dem Geld passiert, will ich das hier einmal deutlich machen. Wir haben durch diese 48 Millionen DM Einnahmen die unwahrscheinlich gute Chance, politische Dinge, die seit Jahren schmoren, endlich finanziell bedienen zu können. Das konnten wir bisher nicht. Dabei ist ein ganz wichtiger Punkt natürlich die Sportstiftung, die jetzt neu gegründet wird und die aus diesen Wetteinnahmen 17,2 Millionen DM erhält. Das ist ein unglaublicher Zuwachs für den Sport, den wir nicht hätten, wenn wir nicht bei der Einführung der Oddsetwette entsprechende Festlegungen vorgenommen hätten.

Der zweite Punkt ist die Umweltstiftung, die wir ebenfalls gründen wollen. Auch hier gibt es seit Jahren Bemühungen, finanzielle Mittel locker zu machen, die wir im Haushalt nicht hatten, wo wir jetzt zum ersten Mal die Chance haben, aus den 48 Millionen DM mit, wie ich meine, 16 Millionen DM etwas Gutes zu tun. Außerdem wird die Stiftung Kunst und Kultur mit 9 Millionen DM gefördert. Da wird das Kapital aufgestockt. Das ist auch eine tolle Sache.

Besonders froh bin ich, dass es endlich gelungen ist, der Breitenkultur, der Chorförderung, der Chormusik in Nordrhein-Westfalen 5 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein unglaublich guter Erfolg. Seit Jahren, nein, fast schon seit Jahrzehnten ringen die Chormusiker heftig mit uns, mit der Sportförderung gleichgestellt zu werden. Das geht in der Höhe natürlich nicht. Aber es ist gelungen, 5 Millionen DM für den Landesmusikrat, für die Chorförderung zur Verfügung zu stellen. Das ist ein unheimlicher Erfolg, den der Landtag zu verzeichnen hat und den wir mit den Menschen draußen auch gut bereden können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ein kleiner Wermutstropfen ist in der Tat die Problematik der Trabrennvereine. Sie haben das hier angesprochen. Nur gibt es dabei zwei Dinge. Das eine ist: Die Rennsportvereine - also auch die Galopper - haben eine steuerrechtliche Problematik. Ich will diese hier nicht erläutern, weil das auch Gegenstand von Verhandlungen ist. Aber es darf

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass durch öffentliche Zuschüsse eine Steuerschuld, die jemand zu bezahlen hat, finanziell abgegolten wird. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren! Deshalb muss das sehr säuberlich getrennt werden, ob nicht die Vereine durch andere Vorgänge als durch die Oddsetwetten in Schwierigkeiten gekommen sind.

Ein weiterer Punkt ist: Die Einnahmen aus der Totalisatorsteuer sind seit Jahrzehnten rückläufig. Es ist keinesfalls so, dass durch die Einführung der Oddsetwette bei der Totalisatorsteuer ein besonders dramatischer Rückgang nachweisbar ist. Es gibt Vereine, die in den letzten Jahren investiert haben und die keine Einnahmeverluste haben, und es gibt Vereine, die sich zurückgelehnt und gesagt haben: Das wird alles so weiterlaufen, wir brauchen uns nicht anzustrengen.

Wir müssen also sehr genau hinsehen, ob die Mindereinnahmen, die da vorhanden sind, tatsächlich auf die Oddsetwette zurückzuführen sind. Das ist ein Anliegen der SPD, dem wir uns widmen werden. Wir haben für die nächste Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses dafür einen besonderen Tagesordnungspunkt beantragt, damit dieses Thema diskutiert werden kann. Ich sage hier für die SPD-Fraktion deutlich: Wenn erkennbar ist, dass es Mindereinnahmen gibt, die durch Mehreinnahmen bei der Oddsetwette ausgeglichen werden müssen, dann stehen wir zu unserem Wort und werden das im Haushaltsplan 2001 im Januar oder Februar erledigen. Wir werden das tun.

(B)

Im Übrigen, was die Größenordnung anbelangt: Die Briefe, die mir von den Trabrennvereinen vorliegen, sprechen von einer Größenordnung von 500.000 bis 1 Millionen DM. Mit Ihren 5 Millionen DM, Herr Kollege - mit Verlaub: Nikolaus steht vor der Tür -, wollen Sie sich hier gern als Weihnachtsmann darstellen. Ich halte es für nett, dass Sie das tun wollen, aber ich halte es für unseriös. Deshalb muss ich Ihnen widersprechen, was die Höhe anbelangt.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Wir stehen gegenüber den Trabrennvereinen und den Galopprennvereinen im Wort. Wir werden uns um ihre Probleme kümmern, und wir werden, wenn es begründbar und errechenbar ist, selbstverständlich auch das durchführen, was wir zugesagt haben. Da gibt es kein Wenn und kein Aber.

Im Übrigen ist völlig klar, dass die SPD-Fraktion dem Nachtragshaushalt in der veränderten Form zustimmen wird. Ich bedaure, dass die CDU den ganzen Weg der schwierigen Bildung der Rücklage und der schwierigen Finanzierung des Haushalts im nächsten Jahr nicht mitgeht. Aber das ist Ihre Entscheidung. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Laurenz Meyer: Vielen Dank, Herr Walsken. - Als nächste spricht für die F.D.P.-Fraktion Frau Freimuth.

Angela Freimuth (F.D.P.): Schönen guten Morgen, meine Damen und Herren, Herr Präsident! Herr Finanzminister, bei der Einbringung des Nachtragshaushalts habe ich Ihre Voraussicht, die Rücklage des Landes zur Kompensation der Mindereinnahmen im Jahre 2001 zu erhöhen, gelobt. In der sachlichen Beratung des Nachtragshaushalts gab es bedauerlicherweise keinen nennenswerten Anlass für eine Gerüchte bildende Wiederholung.

Wir als F.D.P. mussten uns im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt 2000 natürlich automatisch und, da wir neu wieder in diesem Parlament sind, erstmalig auch mit dem Etat 2000 befassen. An der Beratung und Beschlussfassung waren wir ja seinerzeit leider nicht beteiligt, aber vielleicht muss ich auch sagen: Gott sei Dank nicht beteiligt. Denn die darin gestellten Weichen für eine falsche Politik in Nordrhein-Westfalen hätten niemals unsere Zustimmung gefunden.

Deswegen möchte ich, weil das eben meine erste Haushaltsberatung, wenn auch nur die kleine Beratung eines Landeshaushalts war, einige sehr grundsätzliche Anmerkungen machen, die hier gerade auch schon zwischen den Zeilen angeklungen sind. Ich will gar nicht darauf anspielen, mit welcher Selbstverständlichkeit der Informationsfluss seitens der Landesregierung zum Haushalt differenziert nach den die Regierung stellenden Fraktionen und den Oppositionsfraktionen erscheinen mag. Aber denkwürdig war das für mich schon. Viel spannender und viel bemerkenswerter fand ich die wundersame Geldvermehrung, indem einfach die Einnahmen aus der Oddsetwette hochgesetzt wurden, denkwürdigerweise von den Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD.

(C)

(D)

(Angela Freimuth [F.D.P.])

- (A) Ich habe mich da schon gefragt, woher die wohl Kenntnis von den aktuellen Einnahmen des Finanzministers haben.

(Minister Peer Steinbrück: Das ist doch mitgeteilt worden!)

Mich beeindruckte auch ein ganz anderes Phänomen: die globalen Mindereinnahmen und Minderausgaben. Ich habe das Angebot der SPD-Fraktion gehört, dass die Finanzverwaltung demnächst auch Nachhilfeunterricht erteilt. Ich melde mich hier direkt schon einmal freiwillig. Ich bin auf diese Tipps neugierig.

Das andere Phänomen, das ich richtig spannend fand, waren also die globalen Minderausgaben und globalen Mindereinnahmen. Ich habe bisher die vielleicht etwas blauäugige Vorstellung gehabt, dies seien kleine Beträge, die dem Ausgleich von Unvorhergesehenem dienen. Aber die Art und Weise, wie hier Gelder von der einen auf die andere Seite geschoben werden, gerade so, wie es passt, erinnert mich an Raumschiff Enterprise. Für alle Trekkis im Saal erinnere ich an Mister Spock, der sagen würde: Faszinierend!

- (B) Übrigens kam auch der Korrekturansatz bei den globalen Mindereinnahmen und globalen Minderausgaben von den die Regierung stellenden Fraktionen. Ich habe gerade gehört, dass SPD und Grüne einfach den Finanzminister gefragt haben. Leider sind unsere Fragen diesbezüglich nicht so beantwortet worden. Die Frage bleibt, woher die Zahlen jeweils kamen.

In dem Zusammenhang will ich die Frage nicht aufwerfen, ob die globalen Mindereinnahmen und globalen Minderausgaben vielleicht von Anfang an unzutreffend angesetzt worden sind, um der Regierung Gestaltungsspielräume außerhalb des Etats und am Parlament vorbei zu eröffnen. Merkwürdig fand ich das schon. In Nordrhein-Westfalen mag das eine Tradition sein. Eine gute ist das sicherlich nicht. Die Aushöhlung der Gewaltenteilung wird niemals die Billigung der Liberalen finden.

Meine Damen und Herren, Sie haben im vergangenen Jahr die Änderung des Sportwettengesetzes beschlossen und einen scheinbaren Dukatenesel, die Oddsetwette, installiert. Wenn es diese Wette nicht schon gäbe, müsste ich sie als Finanzminister erfinden. Ich will an dieser Stelle gar nicht über den Unsinn staatlich betriebenen und

damit - in Anführungszeichen - "guten" Glücksspiels diskutieren. Hierzu werden wir sicher zu einem späteren Zeitpunkt noch Gelegenheit haben. Ich will einfach noch einmal Mister Spock zitieren: Faszinierend! - Hier wird gutes Geld für gute Zwecke verplant. Aber das Problem, dass ein Rückgang des Wettumsatzes ein Haushaltsdefizit zur Folge hat, sollte uns gegenwärtig nicht dazu veranlassen, alle diese Wetteinnahmen leichtfertig zu verplanen und die Oddsetwette als Melkkuh anzusehen.

Im Übrigen erlaube ich mir den Hinweis - den sollten wir vielleicht im Gedächtnis behalten -, dass die Entwicklung anderer Glücksspielarten durchaus rückläufig war. Die Liberalen, aber auch alle anderen Fraktionen in diesem Parlament sollten vorsichtig mit diesen Glücksspieleinnahmen umgehen, gerade weil mit den Oddsetwetteinnahmen ein guter Zweck verfolgt wird und wir nicht später vor dem Problem stehen wollen, dass diese guten Zwecke nicht in entsprechender Höhe gefördert werden können. Ich möchte nicht, dass es hinterher heißt: Scotty, beam me up!

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Aber auch für den Nachtragshaushalt gilt: Zwischen Schwarz und Weiß gibt es verschiedene Graustufen. Wir Liberalen begrüßen, dass die Breitenkultur durch den Änderungsantrag die gebotene Anerkennung ihrer Arbeit erfährt und von den Dukaten des Oddsetesels etwas abbekommt. Umso größer ist unser Bedauern, dass der stets vollmundig vom Finanzminister versprochene und propagierte Personal- und Aufgabenabbau in der Landesverwaltung kaum Niederschlag gefunden hat.

Nach unserer Auffassung müssten auch die Kommunen den Nachschlag in Form der Schlüsselzuweisungen zu hundert Prozent erhalten und nicht nur zur Hälfte.

Meine Damen und Herren, einen anderen Punkt will ich nicht unterschlagen, der für uns mit ausschlaggebend ist, diesem Nachtragshaushalt so nicht zuzustimmen. Im Haushalts- und Finanzausschuss haben wir die Antwort bekommen, dass Gelder in den Haushalt 2000 eingestellt werden, die 2000 gar nicht ausgegeben werden, die in 2001 eventuell ausgegeben werden, vielleicht aber auch erst im Jahre 2002. Wir halten das für nicht transparent, für unlauter. Wir werden solche Verschiebebahnhöfe nicht mitmachen.

(C)

(D)

(Angela Freimuth [F.D.P.])

- (A) Zum Thema "Stiftungen" haben wir gestern hier im Haus eine Veranstaltung gehabt. Wir Liberale wollen keinen Beitrag dazu leisten, dass insbesondere auf die Stiftungen dieses Landes ein schräges Licht fällt.

Mit diesem Nachtragshaushalt ist wiederum die Chance vertan worden, für die Menschen in unserem Land die Weichen für eine positive Zukunft zu stellen. Mit diesem Nachtragshaushalt wird eine nach wie vor verfehlte Politik aufrechterhalten und vorangetrieben. Wichtige und notwendige Korrekturen z. B. im Bildungs- und Verkehrsbereich fielen der rot-grünen Stillstandspolitik zum Opfer.

Meine Damen und Herren, trotz der Zustimmung an der einen oder anderen Stelle ist es uns Liberalen nicht möglich, diesem Nachtragshaushalt insgesamt zuzustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

- (B) **Vizepräsident Jan Söffing:** Ich danke Ihnen, Frau Freimuth. - Als Nächste hat Frau Kollegin Müller für die Grünen das Wort.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist einverstanden mit den Beratungen und den Ergebnissen zum Nachtragshaushalt. Wir werden ihm zustimmen. Ich möchte betonen, an welcher Stelle dieser Nachtragshaushalt, abgesehen von vielen komplizierten technischen Problemen, die wir als Haushälter mit Sicherheit gut diskutieren können, für die Menschen in unserem Land von Bedeutung ist.

An erster Stelle möchte ich einen relativ bescheidenen Posten erwähnen: 1,2 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen, die uns in den Stand setzen, relativ früh, im nächsten Jahr, etwas einzurichten, was uns allen am Herzen liegt, seit wir wissen, dass Rechtsradikale versuchen, sich in unserem Land wieder zu behaupten, und dass wir in unserem Land die Aufgabe haben, Ausländerfeindlichkeit ständig entgegenzutreten. Wir haben die Möglichkeit, Migrantenkindern vor Eintritt in die Schule Deutschunterricht zu erteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein ganz kleiner Beitrag, aber einer, der in Nordrhein-Westfalen hoffentlich bei denjenigen, die sich mit Migrantenkindern befassen, ein gutes Zeichen setzt. Die Landesregierung und das Landesparslament nehmen diese Aufgabe wahr und statuten sie entsprechend mit Mitteln aus. (C)

Ein zweiter wichtiger Punkt! Man kann viel über Wetten sprechen, die eigentliche Frage aber ist: Was tun wir mit den Zweckerträgen und den Gewinnen aus Wetten? Ich möchte auch an dieser Stelle sagen: Es gibt einen kleinen Posten in diesem Haushalt, der mit Sicherheit für all diejenigen in Nordrhein-Westfalen von Bedeutung ist, die an der Krankheit Spielsucht leiden. Wir werden mit unserer Oddsetwette das Wetten nicht aus der Welt schaffen, auch nicht besonders unterstützen; aber wir erkennen an, dass es das Problem Spielsucht gibt. Wir stellen zusätzlich 1 Million DM für die Bekämpfung der Spielsucht zur Verfügung und können damit bestehende Einrichtungen nachhaltig unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Dritten: Es war ein Herzenswunsch der Grünen, die bisherigen Zielbestimmungen der Erträge der Wette auszuweiten. Bisher ist es so, dass Sport und Kultur im Wesentlichen von diesen Wettgewinnen profitieren, der Bereich Umwelt und - das möchte ich betonen - Entwicklung aber nicht. (D)

Wir haben mit diesem Nachtragshaushalt den lange überfälligen Startschuss gegeben, dass in Nordrhein-Westfalen im Bereich Umwelt und Entwicklung unter Einschluss des gesamten Agenda-Prozesses eine Stiftung entstehen wird, die dieses Thema in Nordrhein-Westfalen profiliert voranbringen kann. Bisher war der Bereich Umwelt nur mit 3 % an Gewinnen aus Lotterien und Spielbanken beteiligt. Jetzt kommt etwas dazu.

Ich wette mit Ihnen allen hier im Hause, dass das uns Grünen nicht reichen wird. Wir wollen mittelfristig eine Angleichung der Beträge für den Bereich Umwelt und Entwicklung an die für Sport und Kultur. Diesen Verhandlungen im nächsten Jahr sehe ich schon mit Spannung entgegen.

Ich meine, die Stiftung Umwelt und Entwicklung ist ein Haupttreffer, über den wir uns als Fraktion sehr freuen. Das große Los in diesem Bereich aber werden wir in den nächsten Verhandlungen erzielen müssen.

(Edith Müller [GRÜNE])

- (A) Nun zu den Rennwettvereinen. Ich kann persönlich sagen, dass ich - weil ich neu in diesem Parlament bin - noch mit keinem Lobbyisten dieses Bereiches gesprochen. Ich habe allerdings festgestellt, dass sie Ihre Gewährsleute ordentlich an den Start gebracht haben. Sicherlich verfolgen sie legitime Interessen. Ich als Haushälterin sage aber, dass es an dieser Stelle absolut nur um Fairness geht. Fairness heißt: Wenn nachgewiesen werden kann, dass Einnahmerückgänge durch die Oddsetwette tatsächlich vorhanden sind, bin ich die Letzte, die sagt, es wird nicht fair geprüft, und die letzte, die sich Scheuklappen an dieser Stelle anlegt. Diese wird es mit uns nicht geben. Wir werden das ganz sorgfältig und auf der Grundlage von klaren Zahlen, Fakten und Details entscheiden.

Der letzte Punkt - Kultur - wäre in meiner Rede eigentlich nur eine Randnotiz wert gewesen. Dies nicht deswegen, weil der Bereich nicht wichtig wäre, sondern weil es im Haushaltsausschuss und in diesem Hause insgesamt wirklich einen einhelligen Konsens gibt, die Breitenkultur jetzt erneut mit 5 Millionen DM zu fördern. Dies empfinde ich als eine tolle Tatsache.

- (B) Es mischt sich in diese Information aber ein Wermutstropfen. Ich gehe davon aus, dass Sie, meine Damen und Herren, alle die ausführlichen Bemerkungen des Staatsministers für Kultur, Herrn Naumann, in der "Zeit" gelesen haben. Er fügt dem Stichwort "Kulturhoheit" die Verfassungsfolklore bei. Ich möchte um Aufmerksamkeit bitten, weil ich einen Antrag stellen möchte. Ich wäre sehr dankbar, wenn sich alle Fraktionen dieses Hauses im Sinne der Verteidigung der Interessen des Landes diesem Antrag anschließen könnten.

Ich möchte darum werben, die globale Minderausgabe um 362 DM zu erhöhen. So teuer ist nämlich ein Hin- und Rückfahrtticket von Berlin nach Düsseldorf. Ich möchte Herrn Naumann gerne einladen, einen folkloristischen Abend in Düsseldorf zu verbringen, sich von der barocken Vielfalt des kulturellen Angebots unseres Landes zu überzeugen und das moderne Heimatgefühl bei uns zu erleben. Ich bin mir sicher, dass im Anschluss an diesen Besuch auch er wissen wird, dass Kultur bei uns in den besten Händen ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Frau Müller, ich danke Ihnen. - Als Nächstes hat für die Landesregierung Herr Finanzminister Steinbrück das Wort. (C)

Peer Steinbrück, Finanzminister: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wesentliche Merkmal dieses Nachtragshaushalts ist es, Vorsorge zu schaffen, Vorsorge für das Jahr 2001, in dem uns eine ganze Reihe von Fährnissen erwarten, woraus ich nie ein Geheimnis gemacht habe, Herr Diegel.

Wenn ein Familienvater oder eine Mutter 2.300 DM auf die hohe Kante legt, weil sie wissen, dass im Jahre 2001 etwas auf sie zukommt und sie sich absichern müssen, dann ist das eine vernünftige Tat. Das ist eine Vorsorgepolitik im Rahmen des privaten Haushaltes.

Herr Diegel, diese Bewertung gilt auch dann, wenn Sie Anfang dieses Jahres einen Kredit in Höhe von 6.900 DM bei Ihrer Sparkasse aufgenommen haben. Es kann sehr wohl richtig sein, diesen nicht zu tilgen, sondern ihn fortlaufen zu lassen, wenn man z. B. erwartet, dass das Zinsniveau im Jahre 2001 ungünstiger ist als zu dem Zeitpunkt, zu dem man den Kredit aufgenommen hat. Wir alle in diesem Parlament kommen zu dem Ergebnis, dass dies eine sehr vernünftige private Haushaltspolitik wäre. (D)

Wenn ich dieses Beispiel aber auf die Ebene des Landes übertrage und nicht von 2.300 DM, sondern von 2,3 Milliarden DM rede und nicht von 6.900 DM Kredit, sondern von einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 6,9 Milliarden DM spreche, kommt die CDU in Gestalt von Herrn Diegel zu dem Ergebnis, dass dies alles unvernünftig und Quatsch ist.

Sie müssen dem Publikum und diesem Hohen Haus erklären, warum diese Vorsorgepolitik des Landes für ein sehr schwieriges Haushaltsjahr 2001 so schlecht ist, dass Sie es ablehnen müssen, es sei denn, es handelt sich um das rituelle Ablehnungsverhalten, das einer Oppositionsfraktion schlecht zu Gesicht steht. Im Übrigen, Herr Diegel, sind Ihre Zinsberechnungen, wie Sie wissen, alle falsch.

(Edgar Moron [SPD]: Ich glaube, er weiß es nicht!)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Sie vermitteln den Eindruck, das Land könnte 150 Millionen DM Zinsausgaben einsparen. Das ist alles horrender Blödsinn, weil, wie Sie wissen, sich diese von uns zu bildende Rücklage in Höhe von über 2,3 Milliarden DM im Wesentlichen aus fünf Positionen zusammensetzt. Frau Freimuth, diese Zahlen sind übrigens kein Geheimnis. Sie werden hier in diesem Hohen Hause, im Ausschuss und in der Öffentlichkeit immer wieder genannt.

Die erste Position ist der Überschuss aus dem Jahre 1999. Dieser steht fest; das ist richtig. Ich habe allerdings vier Komponenten, Herr Diegel - die Steuermehreinnahmen in diesem Jahr, die Rückzahlung oder die bessere Position des Landes im Rahmen des Länderfinanzausgleiches, die globale Minderausgabe dieses Jahres und darüber hinaus sonstige Einsparungen -, die sich erst im Laufe des Jahres bemerkbar machen und anfallen werden.

Ich kann nicht sagen, im Januar dieses Jahres hätte ich im Vorgriff auf diese Entwicklung die Nettokreditaufnahme - wie von Ihnen vorgeschlagen - von 6,9 auf 4,6 Milliarden DM senken können. Das geht nicht. Ihre Grundannahmen sind falsch, und Ihre Zahlen sind nicht präzise. Man muss darüber hinaus die Bedeutung wechselnder und unterschiedlicher Zinssätze beachten.

(B)

Ihr ganzes Beispiel, Ihre gesamte Begründung für die Ablehnung dieser Rücklage hinkt daher und ist von den Zahlen her nicht zu begründen.

Nächster Punkt: Globale Minderausgabe. Auch in Beantwortung der kritischen Nachfrage von Frau Freimuth: Wo kommen diese Zahlen her? Diese Zahlen sind ganz leicht zu erklären. Ich bekomme zu Beginn jedes Monats eine genaue Haushaltsstatistik über die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Landes. Daraus ist für mich bereits seit August erkennbar, dass wir es mit einem Jahresabschluss 2000 zu tun haben werden, bei dem wir mindestens 400 Millionen DM weniger ausgeben werden, als im Haushaltssoll veranschlagt worden ist. Das ist übrigens ein Indiz für eine ausgesprochene Ausgabendisziplin meiner Ressortkollegen und -kolleginnen, denen ich dafür ausdrücklich danken möchte.

Da dies erkennbar ist, besteht für mich im Augenblick überhaupt kein Grund, diese 400 Millionen DM in einer eher kontroversen Debatte titelscharf auf die Einzelpläne umzulegen - jeder kann

sich vorstellen, dass das kein leichtes Verfahren ist -, sondern ich werde diese 400 Millionen DM dank des sehr disziplinierten Ausgabeverhaltens aller Ressorts am Ende dieses Jahres haben. Von daher erklären sich diese Zahlen; von daher ist es kein Zahlenspiel und auch keine haushaltspolitische Verschwörung des Finanzministers. (C)

Nächste Bemerkung: die Oddsetwette. Ja, Frau Freimuth, wenn Sie mich gefragt hätten, hätte ich Ihnen offen gelegt, wie sich am Ende dieses Jahres nach Lage der Entwicklung die Gesamteinnahmen aus der Oddsetwette darstellen. Mit Stichtag 3. November wissen wir, dass wir 42,3 Millionen DM Konzessionseinnahmen gehabt haben. Wir rechnen das für die restlichen zwei Monate hoch, wenn Sie mir erlauben das abzurunden, und dann komme ich auf die 48 Millionen DM. Dann stehe ich - ganz klar - als Finanzminister in dem Obligo, einer Resolution nachzukommen, die dieser Landtag im Dezember 1999 gefasst hat. Damals hat er beschlossen, diese Einnahmen aus der Oddsetwette für Zwecke auszugeben, die in § 4 des damals verabschiedeten Sportwettengesetzes enthalten sind.

Übrigens auch mit Blick auf Zwecke, die in dem gerade genannten Paragraphen des Sportwettengesetzes enumerativ aufgezählt sind, kann ich Ihre Kritik nicht verstehen. Ich kann also nicht erkennen, worin da eine Merkwürdigkeit liegen soll. Im Gegenteil, ich bin den beiden Fraktionen dankbar, dass sie sich diszipliniert weitgehend daran gehalten haben - bis auf einen kleinen Betrag von, glaube ich, 200.000 DM, der die globale Minderausgabe erhöht -, in der Tat nur diese 48 Millionen DM zum Gegenstand entweder einer Bereitstellung von Stiftungskapital oder von Zuschüssen an die in Rede stehenden Stiftungen zu machen. (D)

Völlig richtig ist der Hinweis - ich glaube, er kam von Herrn Diegel -, dass damit dem Land allgemeine Deckungsmittel entzogen werden. Das spiegelt sich ja auch in einer gewissen Erhöhung der globalen Minderausgabe wider. Aber so ist im Dezember 1999 vom Landtag beschlossen worden, und ich habe keine Veranlassung, dies in Frage zu stellen.

Nächster Punkt: Pferdewetten und die Situation der Trab- und Galopprennvereine. Wir stimmen ja alle in mehreren Einschätzungen darin überein, welche Bedeutung diese Vereine in Nordrhein-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Westfalen haben, nicht nur mit Blick auf die Tradition, die dort verkörpert wird, sondern auch mit Blick auf regionale Identitäten, die sich mit diesen Trab- und Galopprennvereinen und ihrer Arbeit und ihren Sportveranstaltungen verbinden. Insofern sind wir alle auf der Seite derjenigen, die sagen, wenn die in Schwierigkeiten kommen, werden wir uns damit gemeinsam beschäftigen, und zwar nicht zurückhaltend, nicht etwa mit eingeschlafenen Füßen, sondern um ihnen nach Möglichkeit zu helfen.

Aber, Herr Diegel - das füge ich in Parenthese hinzu: manchmal hat man den Eindruck, dass gewisse Hinweise von mir im Haushalts- und Finanzausschuss von Ihnen "Ohr rein, Ohr raus" wahrgenommen werden; denn Sie bringen die gesammelten Vorurteile noch einmal in ihrer Plenarrede -, diese Entwicklung der Trab- und Galopprennvereine steht nicht in einem kausalen Zusammenhang mit der Entwicklung der Einnahmen aus der Oddsetwette im Jahre 2000.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) Sie versuchen entgegen allen Informationen, die Ihnen gegeben worden sind - übrigens ebenso wie eine Parlamentskollegin von Ihnen, wie ich im "Express" vom Montag dieser Woche gelesen habe -, eine Kausalität zwischen den aktuellen Schwierigkeiten der Galopp- und Trabrennvereine und der Entwicklung der Oddsetwetten herzustellen. Sie wissen genau, dass es so nicht ist, weil ich Ihnen darüber im Haushalts- und Finanzausschuss eine ausreichende und wahrscheinlich eher langatmige Erklärung gegeben habe.

Ich wiederhole im Grunde genommen nur das, was Herr Kollege Walsken schon richtig gesagt hat. Die Probleme, die die Trab- und Galopprennvereine haben, ist zunächst eine Körperschaftsteuerproblematik,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

die nicht in Nordrhein-Westfalen verursacht worden ist, sondern, wie Sie wissen, durch ein Urteil des Bundesfinanzhofs Anfang der 90er-Jahre. Das ist diesen Vereinen übrigens alles ordentlich mitgeteilt worden. Insofern stimmt auch der Hinweis von Herrn Walsken: Die einen haben es gelesen und haben daraus ihre Konsequenzen gezogen, die anderen nicht. - Damit muss man nicht automatisch gute Zensuren verteilen, wenn die

- (C) gedacht haben, darüber kommen wir schon einigermaßen hinweg. Diese Problematik hat etwas mit der Aufschlüsselung von Kosten auf den gemeinnützigen Teil dieser Vereine und auf den Teil zu tun, in dem sie schlicht und einfach Geschäftsergebnisse erwirtschaften.

Die Problematik, die daraus für die gesamte Bundesrepublik Deutschland resultiert, ist von uns aufgegriffen worden. Es gibt einige Abgeordnete - den Kollegen Budschun sehe ich gerade -, mit denen wir das erörtert haben. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dieses Problem für die Vereine auf der Ebene der Körperschaftsteuerreferenten von Bund und Ländern zu lösen. Das war auch mit Blick auf eine Presseerklärung, die ich gestern herausgegeben habe, der erste Hinweis.

Zweiter Hinweis: Ja, die Trab- und Galopprennvereine haben Schwierigkeiten wegen der Entwicklung der Einnahmen aus den Totalisatorsteuern. Das ist richtig, aber nicht mit Blick auf die Entwicklung der Oddsetwetteinnahmen aus dem letzten Jahr, sondern seit ungefähr acht, neun Jahren gehen die Totalisatorsteuereinnahmen, an denen die Vereine mit einem hohen Prozentsatz partizipieren - 92 %, wenn nicht 94 %, glaube ich -, deutlich nach unten, allein von 1993 bis 2000 - nageln Sie mich nicht fest - um ungefähr 8 Millionen DM.

(D) So, nun kommt mein Angebot: In dem gemeinsamen Bemühen des Landtages, dass wir natürlich die Bedeutung dieser Vereine und auch ihren Stellenwert in den örtlichen Bezügen unterstützen wollen, biete ich Unterstützung an, auf diese Schwierigkeiten der Vereine im Rahmen der Debatten über den Haushalt 2001 konkret einzugehen.

Es ist nur eine missverständliche Interpretation, um nicht zu sagen: eine falsche Interpretation, Herr Diegel, wenn Sie sagen, in der Resolution vom Dezember 1999 sei diese Problematik der Trab- und Galopprennvereine bereits implizite enthalten. Das stimmt nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie finden dafür keinen Bezugspunkt in dem Text der seinerzeitigen Resolution.

Ich will abschließend, Frau Freimuth, noch einmal sagen: Es ist jetzt wahrscheinlich nicht die Zeit, auf eine Reihe von grundsätzlichen Haushalts-

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) aspekten oder von mir aus auch -disputen einzugehen, die Sie hier aufgeworfen haben. - Sie changieren laufend Ihre Sitzordnung, wahrscheinlich um Ihre Fraktion größer zu machen, als sie ist.

(Allgemeine Heiterkeit - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wie sind Sie dahinter gekommen?)

- Ja, der Trick ist doch durchschaubar.

Also noch einmal: Ich gebe Ihnen wie auch der Regierungskoalition dieselben Antworten auf jedwede Frage. Sie werden mich nicht dabei erwischen, dass ich die Fraktionen dieses Hauses in einer unterschiedlichen Dienstleistungsorientierung behandle. Das, was Sie als merkwürdigen Schleier über die Zahlen gelegt haben, müssen Sie mir vielleicht noch einmal in einem vertraulichen Vis-à-vis erklären.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Na, na! Das könnte Ihnen gefallen!)

- Na ja, vielleicht nehme ich dann den Herrn Präsidenten als Sekundanten mit, wenn Sie erlauben.

- (B) (Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das ist aber eine schlappe Nummer!)

Es gibt keinen merkwürdigen Schleier. Diese Zahlen sind alle sehr geläufig und stehen zur Verfügung.

Mir gehen, Frau Freimuth, noch zwei Bemerkungen durch den Kopf. Wenn Sie sich dafür einsetzen, dass das, was den Kommunen aus einem guten Abschluss des Jahres 1999 und insbesondere aufgrund der Besserstellung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs mehr zufließt, zu hundert Prozent in die Schlüsselzuweisungen geht, dann wissen Sie genau, welche Auswirkungen das auf die Investitionsquote hat. Nur, damit wir beide dieselben Buchungen haben, dieselben Segelanweisungen, was das dann mit Blick auf die Investitionsquote und daraus zu ziehende Folgerungen für das gesamte Gerüst der Haushaltszahlen bedeutet.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wir haben November und nicht Mai!)

Ihr Resümee, dass dieser Nachtragshaushalt nicht etwas für die Menschen in Nordrhein-Westfalen bringt, kann ich nicht verstehen. Ich kann den

Menschen in Nordrhein-Westfalen sagen: Wenn wir in diesem Jahr nicht in der Lage gewesen wären, eine Rücklage von 2,3 Milliarden DM zu bilden, dann würde den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes nächstes Jahr gleich mit dem Haushaltsplanentwurf ein Haushaltsbereinigungsgesetz von mir vorgelegt werden, durch das tief in Leistungen eingegriffen würde, an denen Ihnen überall gelegen ist, und zwar in jedweder Beziehung: bezogen auf Sport, auf Kultur, auf Beratungseinrichtungen und auf all die vielen Aktivitäten, die Sie in den jeweiligen Kommunen abrufen. (C)

Insofern komme ich zu dem Ergebnis: Die Tatsache, dass wir eine Rücklage von 2,3 Milliarden DM bilden konnten, sollte ebenso positiv beurteilt werden wie das, was ich in meinem Eingangsbeispiel für den Familienvater oder die Familienmutter beschrieben habe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Ich habe jetzt noch Herrn Kollegen Groth von Bündnis 90/Die Grünen auf der Rednerliste.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ist das noch nötig? Hören wir wieder eine Rundfunkreportage oder was?) (D)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es richtig, noch ein paar Bemerkungen zum Nachtrag GFG 2000 zu machen, weil das heute überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen ist. Das scheint Ihnen nicht mehr ganz so wichtig zu sein.

Erste Bemerkung: Ein guter Tag für die Kommunen in NRW! Ein Nachschlag von 431,5 Millionen DM! Damit hatten wir nicht gerechnet.

Zweite Bemerkung: Die 50-zu-50-Aufteilung des zusätzlichen Geldes, also 50 % auf die Schlüsselzuweisungen und 50 % auf die Investitionspauschale, ist gut. Besser wäre es gewesen, 100 % auf die Schlüsselzuweisungen zu schlagen, weil - dritte Bemerkung - natürlich noch viel zu viele Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ihren Haushalt nicht ausgleichen können und deshalb Haushaltssicherungskonzepte fahren. Ihnen

(Ewald Groth [GRÜNE])

- (A) hätte ein Mehr an Schlüsselzuweisungen noch mehr geholfen.

Vierte Bemerkung: 2001 werden wir darüber nachdenken müssen, wie wir zumindest den erreichten Stand bei den Schlüsselzuweisungen halten können; das sind immerhin 11,8 Milliarden DM.

Fünfte Bemerkung: Angesichts der kommenden durch die Steuerreform bedingten Mindereinnahmen im nächsten Jahr in Höhe von 5,5 Milliarden DM ist das ein sehr anspruchsvolles Ziel. Das will ich auch sagen.

Sechstens: Das heißt aber auch - und das sage ich auch Herrn Diegel, weil wir hier im Lande genauso verfahren, wie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen bitte schön verfahren sollen -: Trotz des Nachtragsgeldsegs bedeutet das für die Kommunen: Maßhalten, sparen und für die kommenden Belastungen vorsorgen! - Danke schön.

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Groth. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe** damit die **Beratung**.

(B)

Wir kommen zur **Abstimmung** in der zweiten Lesung über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/150. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/330**, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den vom Ausschuss beschlossenen Änderungen anzunehmen. Ich frage Sie: Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. **angenommen**.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass die **dritte Lesung** des Gesetzentwurfes für die Sitzung am Freitag, den **10. November**, vorgesehen ist.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

**4 Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen
(Nordrhein-westfälisches Informationsfreiheitsgesetz - IFG)**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/321

erste Lesung

(C)

Zur **Einbringung** des Gesetzentwurfes erteile ich Herrn Kollegen Biesenbach von der antragstellenden Fraktion das Wort.

Peter Biesenbach (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion bringt mit dem vorliegenden Entwurf als erste Fraktion dieses Hauses ein Gesetz zur Förderung der Informationsfreiheit in unserem Lande ein. Es gibt ein solches Informationsfreiheitsgesetz bereits in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in einigen westeuropäischen Ländern und innerhalb der Bundesrepublik Deutschland in den Bundesländer Berlin, Schleswig-Holstein und Brandenburg.

Nordrhein-Westfalen betritt mit diesem Gesetzentwurf politisches Neuland. Doch es wird höchste Zeit, dass wir diesen Versuch unternehmen.

(Beifall bei der CDU)

Mehr Mitbestimmung, mehr Möglichkeiten der Einflussnahme für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur anderswo, sondern bei uns in Nordrhein-Westfalen - das ist es, was die CDU in Nordrhein-Westfalen möchte. Für die CDU ist Bürgernähe kein leeres Schlagwort. Wir sind bei der Kommunalwahl im letzten Jahr und bei der Landtagswahl mit dem Ziel angetreten, dass die Bürgerinnen und Bürger das Land wieder in ihre Hände nehmen können.

(Peter Budschun [SPD]: Wo war es denn vorher?)

- Darüber haben wir oft genug gesprochen.

Für die CDU-Fraktion ist dieses Anliegen kein leeres Stroh, auch wenn Sie sich gerade so nett freuen, denn eine Vielzahl von Vorschlägen haben wir bereits hier in diesem Parlament vorgelegt.

(Beifall bei der CDU - Peter Budschun [SPD]: Seit einem Jahr spüren wir die Arroganz der Macht!)

(D)